

Pressestatement

Reimann zur Behandlungsfehler-Statistik: Offenen Umgang mit Fehlern verpflichtend machen

Berlin, 20. August 2026

Der Medizinische Dienst Bund (MD Bund) hat heute seine jährliche Behandlungsfehler-Statistik vorgestellt. Die Vorstandsvorsitzende des AOK-Bundesverbandes, Dr. Carola Reimann, bekräftigt aus diesem Anlass die Forderungen der AOK nach einer gesetzlichen Weiterentwicklung der Patientenrechte, insbesondere im Schadensfall:

„Die Stärkung der Patientenrechte gehört auf die To-Do-Liste des neuen Gesundheitsministers. Nach den zahlreichen Sonntagsreden und Beteuerungen der letzten Jahre ist es Zeit, das „vergessene“ Thema Patientenrechte endlich anzupacken.

Wir unterstützen insbesondere die Forderung des MD Bund nach einer Verpflichtung zum offenen Umgang mit Behandlungs- und Pflegefehlern. Heute ist es so, das betroffene Patientinnen und Patienten in der Regel nur dann über einen Fehler informiert werden, wenn sie gezielt danach fragen. Dafür braucht man natürlich entsprechende Anhaltspunkte. Doch diese sind für medizinische Laien meist gar nicht zu erkennen.

Der Anspruch der Patientinnen und Patienten auf Informationen über vermutete Behandlungsfehler und die Bringschuld der Behandelnden müssen daher im Bürgerlichen Gesetzbuch geregelt werden. Diese Bringschuld sollte auch gelten, wenn der Schaden durch Dritte wie etwa Hersteller von schadhaften Medizin- oder Blutprodukten verursacht worden ist.

Außerdem sollte dringend die rechtliche Position von Patientinnen und Patienten im Schadensfall verbessert werden. Der Beweis des kausalen Zusammenhangs

zwischen einem Fehler und einem eingetretenen Schaden muss künftig leichter möglich sein.

Abgesehen davon müssen wir mehr tun, um Behandlungsfehler und Schäden durch Arzneimittel oder fehlerhafte Medizinprodukte zu verhindern. Laut Studien werden allein im Krankenhaus-Bereich etwa 2 bis 4 Prozent der Patientinnen und Patienten durch vermeidbare Behandlungsfehler geschädigt. Die damit verbundenen Folgeeingriffe und Beeinträchtigungen der geschädigten Menschen haben laut Schätzungen allein 2025 Kosten in einer Größenordnung von 16,7 Milliarden Euro verursacht. Der Aufbau eines Registers zur systematischen Meldung und Erfassung schwerwiegender vermeidbarer Ereignisse in der medizinischen Versorgung kann aus unserer Sicht helfen, diese ökonomischen Belastungen zu senken und viel menschliches Leid zu verhindern.“